

Erklärung des Vorstandes der ISOR e.V. zur Rentensteigerung 2003

Unsere Initiativegemeinschaft tritt für eine Rentenangleichung der Ost- an die Westrenten bis zum Jahre 2007 ein. Damit befindet sie sich in Übereinstimmung mit Sozial- und Wohlfahrtsverbänden sowie den Gewerkschaften. Die schwierige wirtschaftliche Lage und Situation der Bundesrepublik Deutschland ist uns wohl bewusst – an dieser Situation sind aber nicht die Rentner schuld! Deshalb erachten wir die Erhöhung der Renten in den neuen Bundesländern um 1,19 % als zu gering, um den Abstand zu den

Renten in den alten Bundesländern (Erhöhung um 1,04 %) zu verringern.

Gegenwärtig beträgt die verfügbare Standardrente in den neuen Bundesländern 87,78 % zu der vergleichbaren Standardrente in den alten Bundesländern. Zum 1. Juli 03 beträgt der aktuelle Rentenwert Ost 22,97 €, der aktuelle Rentenwert West 26,13 €. Die Differenz beträgt damit – wie bereits jetzt – nach wie vor 3,16 €!

Wir gehen davon aus, dass auch in den kommenden Jahren die Rentenanpassung ent-

sprechend der vorangegangenen Einkommensentwicklung erfolgt. Die von einigen Kreisen geforderten Nullrunden lehnen wir ganz entschieden ab, denn das entspräche weder den Lebensarbeitsleistungen noch den Erwartungen der Rentner im Osten, die objektiv notwendig herangereifte Beseitigung von Rentenungleichheiten noch zu Lebzeiten zu erfahren.

Problematisch ist zudem, dass immer noch ca. ein Viertel aller Bestandsrentner in den neuen Bundesländern durch die Abschmelzung von Auffüllbeträgen von der Rentendynamisierung ausgeschlossen bleiben. Wir fordern die Bundesregierung auf, diesen Zustand sofort zu ändern, um ein enormes Absinken des Lebensniveaus der Betroffenen zu verhindern.

Einen besonders krassen Fall politischen und sozialen Unrechts stellt nach wie vor die willkürliche Kürzung rechtmäßig erworbener Rentenansprüche auf ein Niveau unterhalb der gesetzlichen Beitragsbemessungsgrenze dar – wie es im derzeit noch gültigen Rentenüberleitungsgesetz festgeschrieben ist. Die Bundesregierung wird aufgefordert, alle im Beitrittsgebiet rechtmäßig erworbenen Ansprüche bis zur Beitragsbemessungsgrenze endlich anzuerkennen und umgehend die nötigen gesetzlichen Regelungen zur Beseitigung des »Rentenstrafrechts« zu schaffen.

ISOR auf der Dessauer Konferenz

Aus dem Diskussionsbeitrag des ISOR-Vorstandsmitgliedes
Wolfgang Schmidt

Der Vorstand und die Delegation von ISOR e.V. haben mich beauftragt, den Organisatoren dieser Konferenz – dem Parteivorstand der PDS und dem Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden – unsere Solidarität und Unterstützung zu versichern.

Wir betrachten das Ostdeutsche Memorandum 2003 als eine zutreffende Analyse der Lage in Ostdeutschland, die zugleich realistische und konstruktive Ansätze für wünschenswerte und notwendige Wege in die Zukunft dokumentiert. Gerade angesichts des forcierten Sozialabbaus ist es dringend erforderlich eine Gegenmacht zu formieren, darunter auch das abgestimmte, gemeinsame Auftreten und Handeln jener Vereine und Verbände, die auf unterschiedlichen Feldern ostdeutsche Interessen vertreten.

Große Hoffnungen setzen wir auf eine Renaissance der PDS, die mit dieser Konferenz zu ihren Wurzeln, zur Vertretung der ostdeutschen Interessen zurückgekehrt ist. Eine starke PDS wäre aber auch ein Segen für Gesamtdeutschland. Je verwechselbarer die Politik von SPD und CDU wird, umso dringender stellt sich die Frage, wer in diesem Land jene Hälfte der Bevölkerung vertritt, die nur über 4,5 % des Vermögens verfügt und deshalb z.B. auf eine funktionierende Renten- und Krankenversicherung,

auf verlässliche sozialstaatliche Maßnahmen angewiesen ist.

ISOR e.V. kann auf eine mehr als 10-jährige durchaus erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken. Nach langwierigen juristischen Auseinandersetzungen – gemeinsam mit anderen Verbänden und Vereinen – ist es gelungen, das Strafrechtssystem für den größten Teil der Angehörigen der NVA, der VP und Zollverwaltung der DDR zu beseitigen und für die Angehörigen des MfS abzumildern.

Unbestritten sind dabei die Verdienste des für unseren Verein tätigen Rechtsprofessors Axel Azzola.

Das Erreichte wäre ohne den politischen Kampf – so insbesondere das Agieren der PDS im Bundestag und den solidarischen Beistand einer Vielzahl von Sozialverbänden und -vereinen – nicht möglich gewesen.

Bewährt haben sich in diesem Kampf u.a. Realitätssinn und Augenmaß, Flexibilität und Kompromissfähigkeit.

Auch unter Beachtung dieser Erfahrungen unterstützen wir das hier von Prof. Bienert erläuterte aktualisierte Rentenkonzept. Selbstverständlich sind wir bereit an weiteren Beratungen hierzu mitzuwirken.

Die Tatsache, dass nunmehr hauptsächlich nur noch die Angehörigen des MfS – neben an-

derweitigen Ausgrenzungen und Diskriminierungen – vom Strafrecht betroffen sind, macht unseren Kampf nicht leichter.

Auch heute noch wird die Dämonisierung des MfS bevorzugt eingesetzt, um die DDR für immer und ewig in das »Reich des Bösen« zu verbannen.

Bei der endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechts geht es um mehr als um Zahlbeträge für Renten. Es geht um die Herstellung des »inneren Friedens« durch Beendigung des Kalten Krieges und auch darum, ob elementare Prinzipien des Grundgesetzes (Gleichheit vor dem Gesetz, individuelle Prüfung von Schuld, Verbot willkürlicher Eingriffe in Eigentumsansprüche u.v.a.m.) für eine beachtliche Menschengruppe von ca. 200.000 Personen pauschal und weit über das Jahr 2030 hinaus außer Kraft gesetzt werden.

Die Bundesrepublik muss sich entscheiden, ob sie der seit Bismarck geltenden Tradition der Wertneutralität des Rentenrechts folgen oder sich in die Nähe der faschistischen Rentenwillkür gegenüber sog. Staatsfeinden, Bürgern jüdischer Abstammung bzw. der Bevölkerung der eroberten »Ostgebiete« begeben will.

Die mehr als 25.000 Mitglieder unseres Vereins sind sich darüber im Klaren, dass die endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechts nur ein Teil des Kampfes gegen die noch vorhandenen Rentenungerechtigkeiten im Osten Deutschlands ist und sich darüber hinaus in die sozialpolitischen Auseinandersetzungen unserer Zeit einordnen muss.

Aus dem Ostdeutschen Memorandum 2003

Renten

Nahezu 13 Jahre nach dem Beitritt der ostdeutschen Länder zur Bundesrepublik Deutschland gibt es noch immer keine Angleichung der Tarife und Renten an den Standard in den alten Bundesländern. Weder die Kohlregierung noch die gegenwärtige Regierungskoalition unter Bundeskanzler Schröder haben ihre Versprechungen gehalten. Die Bürger im Osten Deutschlands sind in ihrer übergroßen Mehrzahl tief enttäuscht über die Ergebnisse der 12-jährigen Entwicklung seit dem »Beitritt« zur Bundesrepublik. Sie sind zugleich außerordentlich besorgt über die Zukunftsaussichten für sich und ihre Kinder. Sie haben die Versprechungen der Kohlregierung über die »blühenden Landschaften« und die »Angleichung des Lebensstandards in 3 bis 5 Jahren« nicht vergessen. Auch der unter der Bezeichnung »Chefsache Ost« erhoffte schnellere Wirtschaftsaufbau und die damit im Zusammenhang stehenden Verbesserungen des Lebens in den neuen Bundesländern sind nicht eingetreten. Im Gegenteil, die Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigung in den neuen Ländern ist gegenwärtig erneut rückläufig. Durch die besonders hohe Arbeitslosigkeit, die Abwanderung der Jugend in den Westen und die Massenerscheinung der Pendler, die in den alten Bundesländern Arbeit gefunden haben, aber in den neuen Ländern leben, verschärfen sich die Einkommensunterschiede zwischen dem Osten und dem Westen weiter. Auch die Rentner spüren das. Trotz der Rentenanpassung von 2,16 Prozent für die alten und 2,89 Prozent für die neuen Bundesländer zum 1. Juli 2002 bleibt der reale Abstand der Rentenzahlbeträge pro Entgeltspunkt weiterhin um 3,16 Euro hinter dem Wert für die alten Bundesländer zurück. Ein so genannter Standardrentner (45 Berufsjahre mit ständig dem Durchschnitt entsprechendem Arbeitseinkommen) erhält danach ab 1. Juli 2002 im Westen 1.163,70 Euro im Osten 1.021,05 Euro. Der reale Verlust steigt bei höheren, während

der Erwerbstätigkeit erzielten Einkommen, weiter an. Durch die nunmehr ins Rentenalter eintretenden Erwerbstätigen mit beträchtlichen Ausfallzeiten wegen Arbeitslosigkeit oder geringem Einkommen durch untertarifliche Bezahlung ist ein sich schnell verstärkender Trend der Verringerung der Renten sogar im Vergleich zu den gegenwärtigen Bestandsrentnern zu beobachten. Besonders krass sind die Auswirkungen bei den Frauen und dort besonders bei den Alleinerziehenden mit Kindern. Nach dem Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung für 2001 (Bundestagsdrucksache 14/7639) ist ab 2003 bis zum Jahre 2005 für den Osten nur eine jährliche Anpassung von 0,5 Prozent vorgesehen. Die Dynamisierungsraten sollen damit in den nächsten Jahren so geringfügig steigen, dass die Angleichung an den Rentenwert West von der gegenwärtigen Rentnergeneration nicht mehr erlebt werden könnte und selbst die derzeit noch Erwerbstätigen weitgehend von einer Gleichbehandlung ausgeschlossen werden würden. Wir bedenken dabei auch, dass auch in den alten Bundesländern die Höhe des erzeugten Sozialprodukts pro Erwerbstätiger große Unterschiede aufweist, der Rentenwert pro erworbenem Anspruchentgeltspunkt für alle Bürger im Westen jedoch gleich ist. Mit der durch die so genannte Riesterrente ab 2005 vorgesehenen weiteren Reduzierung der Höhe der Rentenanpassung soll sich das Verhältnis zum Durchschnittsarbeitseinkommen in der Bundesrepublik und der aller Altersrenten weiter verschlechtern.

Selbst der Wirtschafts- und Sozialrat der UNO hat in den Schlussbemerkungen vom 31. August 2001 des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zum 4. Staatenbericht der Bundesrepublik erneut »Anlass zur Besorgnis« festgestellt. In 12 Punkten wird die Politik der Bundesregierung kritisiert. Zu erforderlichen Veränderungen soll sie im nächsten Bericht ausführlich Stellung nehmen.

Immer deutlicher wird, dass selbst mit den Leistungskürzungen sowohl der Blüm- wie auch der Riesterrentenreform es nicht möglich sein wird, das gegenwärtige Niveau der Alterseinkünfte für die nächste Rentnergeneration aufrecht zu erhalten. Mit der angekündigten

Gesundheitsreform und den Veränderungen bei der Arbeitslosen- und Sozialhilfe wird offensichtlich der Sozialabbau fortgesetzt. Das ist nicht mehr länger hinnehmbar. Abzulehnen ist auch der Bezug auf den »demographischen Faktor«, der zum Generationenkonflikt beitragen würde. Wir sind der Auffassung, dass eine grundsätzliche Wende in der Sozialpolitik erforderlich ist. Statt des ständig zunehmenden Sozialabbaus bei gleichzeitig unverhältnismäßig steigenden Einkommen der Spitzenverdiener und dem Kapitalzuwachs der Reichen muss die dem Grundgesetz entsprechende Verteilungsgerechtigkeit des Sozialprodukts wiederhergestellt werden. Hinsichtlich der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung bedeutet dies, dass alle Erwerbstätigen mit einem gleichen, gesetzlich festgelegten Prozentsatz ihres



Bruttoeinkommens zum Sozialhaushalt beizutragen haben. Die Leistungen sollen jedoch sozial gerecht gewährt werden, um das Leben im Alter oder bei Erwerbsunfähigkeit auf dem gegenwärtigen Niveau erhalten zu könnten. Besserverdiener sollen weiterhin zusätzliche Alterseinkünfte oder höhere private Gesundheitsleistungen durch eigene zusätzliche Vorsorge erwerben können. Der Beitrag der Unternehmen zum Sozialhaushalt soll auf der Grundlage der Wertschöpfung erhoben werden. Wir sind auch dafür, dass die Pensionen für Beamte und hohe Staatsfunktionäre sowie übermäßige Alterseinkünfte für Spitzenmanager schrittweise durch eine selbst finanzierte Zusatzversorgung ersetzt werden. Im Gegensatz zu den Auffassungen der Unternehmerverbände sind wir der Überzeugung, dass eine Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit dem Stand der Wissenschaft und Technik entspricht, die Massenarbeitslosigkeit beträchtlich reduzieren könnte und volkswirtschaftlich tragbar ist. Die gegenwärtige Situation, dass immer mehr unproduktive Dienstleistungen entstehen und der »Markt« angeblich keinen höheren Absatz von Produkten erlaubt, ist unserer Meinung nach

► Fortsetzung von Seite 1

Wir stehen deshalb zuverlässig und fest an der Seite der anderen Sozialverbände und Vereine und unterstützen ihre Forderungen. Ebenso erwarten wir die weitere solidarische Unterstützung unserer Anliegen durch die PDS, das Ostdeutsche Kuratorium und die hier versammelten Verbände und Vereine.

Lassen Sie uns gemeinsam handeln auf der Basis des Ostdeutschen Memorandums 2003 und der Resolution »Dem Osten eine Zukunft«.

► Fortsetzung auf Seite 3

► Fortsetzung von Seite 2

allein durch das Gewinnstreben vor allem der global operierenden Monopole und Finanzmagnaten, nicht aber durch ökonomische Möglichkeiten verursacht.

Bürger der ostdeutschen Länder werden zusätzlich und entgegen dem Eigentumsschutz und Gleichbehandlungsprinzip entsprechend den Artikeln 3 und 14 Grundgesetz durch das Rentenüberleitungsgesetz und das AAÜG vom 25. Juli 1991 benachteiligt, indem ein Teil der rechtmäßig in der DDR erworbenen Ansprüche nicht in die gesetzliche Rentenversicherung der Bundesrepublik überführt wurde. Wesentliche, während des Arbeitslebens in der DDR rechtmäßig erworbene Ansprüche und Anwartschaften wurden damit liquidiert. Dadurch sind gravierende Unterschiede in der Alterssicherung gleicher Berufsgruppen in Ost und West entstanden, deren Abbau im Interesse des sozialen Friedens und der Verwirklichung der inneren Einheit Deutschlands weiterhin dringend geboten ist. Die Systemscheidung im Leiterteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28. April 1999 bekräftigt wohl grundsätzlich die Eigentumsgarantie für die in der DDR erworbenen Ansprüche und Anwartschaften, die in Zusatz- und Sonderversorgungssystemen der DDR erworben wurden und erklärt die im AAÜG festgelegten Begrenzungen unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze als nichtig oder mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. Mit dem 2. AAÜG-Änderungsgesetz vom 27. Juli 2001 kamen Bundesregierung und Gesetzgeber jedoch nur dem vom Bundesverfassungsgericht geforderten Minimum nach, schöpften den vom Verfassungsgericht ausdrücklich eingeräumten Handlungsspielraum nicht aus und blieben trotz Kenntnis der tatsächlichen Gegebenheiten teilweise sogar hinter den Anforderungen der Urteile zurück. Außer den Verbesserungen im »Beruflichen Rehabilitierungsgesetz« für in der DDR erlittene Verfolgungszeiten sind auch keine der zahlreichen Überführungslücken mit dem neuen Gesetz geschlossen worden. Es ist bedauerlich, dass der Bundestag alle Initiativen der PDS-Fraktion für eine gerechtere Rentenregelung zu Fall gebracht hat.

Aus dieser Lage ergeben sich für uns folgende Forderungen:

1. Vorlage eines zeitlich limitierten Stufenprogramms zur Angleichung der Arbeitseinkommen und Renten an den Standard für die alten Bundesländer bis zum Juni 2007.
2. Überführung bisher mit der gesetzlichen Rentenversicherung nicht abgegoltener Ansprüche aus Sonder- und Zusatzversorgungssystemen in ein befristetes Versorgungssystem »sui generis«.
3. Das 2. AAÜG-ÄndG ist mit der Maßgabe zu ändern:
 - a. Die Stichtagsregelungen des Artikels

13 des Gesetzes idF vom 27. Juli 2001 aufzuheben und damit bisherige Benachteiligungen für Betroffene, die keine oder nur eine Nachzahlung bzw. Neuberechnung der Altersrente ab Mai 1999 erhalten, weil sie entweder gegen den falschen Bescheid Widerspruch eingelegt haben oder sich im Verlauf des Widerpruchsverfahrens die Aufrechterhaltung ihres Widerstandes ausreden ließen, zu beseitigen.

b. Bei der Dynamisierung die Erweiterung der bestandsgeschützten Zahlbeträge auf den 30. Juni 1995 nach den Anpassungswerten der neuen Bundesländer vorzunehmen.

c. Das Rentenstrafrecht endgültig zu beseitigen, indem die »besondere Beitragsbemessungsgrenze« und damit die Entgeltbegrenzungen für ehemalige »staats- und systemnahe« Angehörige von Zusatz- und Sonderversorgungssystemen aufgehoben werden.

d. § 7 AAÜG so zu verändern, dass auch für ehemalige Mitarbeiter des MfS/AfNS die noch immer vorhandenen rentenrechtsfremden und mit der Neutralität des Rentenrechts unvereinbaren Strafbestimmungen aufgehoben werden.

4. Schaffung von gesetzlichen Grundlagen zur Schließung noch bestehender Überführungslücken und Benachteiligungen.

5. Einsetzung einer wissenschaftlichen Arbeitsgruppe zur Prüfung der Möglichkeiten der langfristigen Sicherung der Alterssicherungssysteme.

Aus dem Plan 2003 des Bundesverfassungsgerichtes:

»Zu erledigende Aufgaben«

Pkt. 12.	1 BvR	243/96	<i>Verfassungsbeschwerde zur Berechnung der Bestandsrenten im Beitrittsgebiet und Abschmelzung der Auffüllbeträge (§§ 307a, 315a, SGB VI)</i>
	1 BvR	368/97	
	1 BvR	1106/97	
	1 BvR	1304/98	
	1 BvR	2300/98	
	1 BvR	1787/99	
	1 BvR	2144/00	
Pkt. 13	1 BvL	3/98	<i>Vorlagen der Sozialgerichte Halle und Berlin zur Begrenzung der in der gesetzlichen Rentenversicherung versicherten Entgelte bestimmter Gruppen von Zusatz- und Sonderversicherten in der ehem. DDR (§ 6 Abs. 2 AAÜG u.F.)</i>
	1 BvL	9/02	

(Quelle: www.bundesverfassungsgericht.de)



Ende Mai trafen sich Mitglieder unserer TIG **Wolgast/Insel Usedom** zusammen mit ihren Ehefrauen zu einer gemütlichen 2-stündigen Schiffsrundfahrt. Und so, wie wir bei keiner unserer Veranstaltungen unser großes politisches Ziel vergessen, haben wir auch an diesem Tag uns erneut mit einer schriftlichen Erklärung und einem Appell an die verschiedensten politischen Verantwortungsträger in Land und Bund gewandt und sie aufgefordert, 13 Jahre nach der Herstellung der Einheit Deutschlands diese Problematik neu zu durchdenken und sich persönlich für die Beseitigung der vorhandenen Gerechtigkeitslücken im Rentenrecht einzusetzen und eine schnelle Beseitigung von Unzulänglichkeiten in der Rentengesetzgebung anzustreben. Alle 49 anwesenden Freunde bekräftigten diese Erklärung mit ihrer Unterschrift. Wir werden nicht lockerlassen und bitten auch alle unsere Freunde in den anderen ostdeutschen Bundesländern, immer wieder die konkrete Frage an ihre Landtagsabgeordneten in Regierungsverantwortung zu stellen, warum und mit welchem Recht sie die Bundes-

ratsinitiative des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur endgültigen Beseitigung der noch vorhandenen sozialen Ungerechtigkeiten, die nur vom Berliner Senat unterstützt wurde, einfach ignorieren und ablehnen. Lasst nicht locker!

Volker Sachse



Die politische Konzeption des Vorstandes vom 30.01.2003 wurde in mehreren Vorstandssitzungen und in der Mitgliederversammlung unserer TIG **Weißenfels-Naumburg-Nebra** beraten.

Auf der Grundlage der in **ISOR aktuell** gegebenen Hinweise und der Beiträge von Prof. Bienert, Prof. Kaufmann u.a. begannen einige Vereinsfreunde mit deren Umsetzung. Nach individuellen Gesprächen zur organisatorischen und inhaltlichen Gestaltung der Aktivitäten wurde begonnen, den Entscheidungsträgern und parlamentarischen Institutionen, zunächst nur in den neuen Bundesländern, unsere berechtigten und längst überfälligen Forderungen zur Beseitigung aller Rentenunge-

► Fortsetzung auf Seite 4

► **Fortsetzung von Seite 3**

rechtigkeiten zum wiederholten Male anzumahnen. Gegenwärtig »trudeln« nun die wenig erbaulichen Antworten ein, von denen wir uns aber nicht entmutigen lassen. In ihrer Aussagekraft zur praktizierten »Rechtsstaatlichkeit« unterscheiden sie sich nicht von denen anno 1999–2001. Gleichlaufend bereiten nun die Freunde die organisatorischen Voraussetzungen auf, um die Persönlichkeiten und Institutionen in Legislative und Exekutive der alten Bundesländer an die Abstimmung im Bundesrat am 14.03.2003 zu erinnern und unsere Erwartungen, mit notwendigen Hintergrundinformationen versehen, darzulegen.

Auf diesem Wege der Appell an alle ISOR-Mitglieder, die Anstrengungen zu verdoppeln, damit bei den Adressaten nicht nur Eintagsfliegen eintreffen, sondern der Wahrheit und Klarheit zum Durchbruch verholfen werden kann.

Herbert Kühling

★

In der TIG **Strausberg** führte der Vorstand mit den Gruppenbetreuern einen Gedanken- und Erfahrungsaustausch durch. Gegenstand war der Stand und die Weiterführung des politischen Kampfes um Rentengerechtigkeit. Eingangs wurden die Aktivitäten unserer Mitglieder hinsichtlich der individuellen Schreiben an Bundes- und Landespolitiker eingeschätzt. Es konnte festgestellt werden, dass die Mehrzahl der Politiker in ihren Antwortschreiben »Verständnis für Ihr Anliegen habe« – doch dann folgte eine Vielzahl von Begründungen, warum derzeit die Beseitigung des »Rentenstrafrechts« nicht möglich sei. Die Gründe gehen von: »kein Geld« über Täter/Opfer-Probleme und münden in der Feststellung, die Rente in den neuen Bundesländern sei jetzt schon höher als in den alten Bundesländern. Im Ergebnis der weiteren Aussprache kamen wir auf die Notwendigkeit – ausgehend von der Tatsache, dass der Bundesrat die Anträge aus Schwerin und Berlin zur Beseitigung noch immer bestehender Rentenlücken abgewiesen hat – unsere Mitglieder aufzurufen, sich mit individuellen Schreiben an den Petitionsausschuss des Bundestages zu wenden und dabei einzufordern, dass es 13 Jahre nach der deutschen Einheit an der Zeit ist Rentengerechtigkeit für jedermann herzustellen. Dabei sollte mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, dass die noch bestehende Rentenungerechtigkeit ein Verstoß gegen die Artikel 1 (Schutz der Menschenwürde) 3 (Gleichheitsgrundsatz) u. 14 (Schutz des Eigentums) des Grundgesetzes darstellen.

Horst Weber, Vorstand TIG Strausberg

★

Am 15.4.03 nutzte ich die Sprechstunde des Bundestagsabgeordneten Herrn Wistuba (SPD) in Dessau zu einem Gespräch. Ich stellte mich als Vertreter der ISOR und Mitglied des Seniorenbeirates der **Stadt Dessau** vor. Im Ge-

spräch ging es mir um seine Haltung und die seiner Partei zur restlosen Beseitigung des Rentenstrafrechts und der Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West. Er machte wiederholt geltend, dass die finanziellen Nöte des Bundes eine Regelung bzw. Angleichung ausschließen würden. Auf die Äußerung des Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Böhmer, in Bezug auf die Initiative von Mecklenburg-Vorpommern im Bundestag, er sehe für Sachsen-Anhalt keinen Handlungsbedarf, alles sei gesetzlich geregelt, antwortete W., im Grunde habe er Recht. Auf den Vorhalt, die SPD habe schon einmal einen eigenen Vorschlag, aus welchem Grund auch immer, zur vollständigen Beseitigung des Rentenstrafrechts gemacht, äußerte er sich nicht. Den Betroffenen bliebe, so seine Meinung, sich mit Petitionen an die Regierung und die entsprechenden Ausschüsse zu wenden. Er wolle sich in Berlin kundig machen und mich informieren, falls es neue oder weitere Informationen gäbe, bat aber um Zeit.

Klaus Pries

★

Gespräche im Schweriner Landtag

Im Mai führten der Vorsitzende und Vorstandsmitglieder der TIG **Schwerin** im Schweriner Schloss Gespräche zu Rentenfragen mit Landtagspolitikern der SPD und der PDS.

Nach dem Scheitern der Bundesratsinitiative des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Schließung von Gerechtigkeitslücken im Rentenrecht der BRD war es einfach notwendig geworden, sich zum weiteren Vorgehen zur Überwindung von Rentenungerechtigkeiten und von Rentenstrafrecht zu verständigen. Das war auch der Inhalt der von gegenseitiger Achtung und mit Offenheit getrennt geführten Diskussionen mit der Fraktionsvorsitzenden der PDS, Angelika Gramkow, dem Vorsitzenden des Sozialausschusses im Landtag Thorsten Kolpin (PDS), dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD, Rudolf Borchert, und dem Mitglied des Landtages Jörg Iteydorn (SPD).

Wir dankten den Vertretern beider Fraktionen für die Unterstützung zum Einbringen der Bundesratsinitiative des Landes und zur Erklärung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern zur Angleichung des Rentenwertes Ost an West bis zum Jahre 2007.

Um es vorweg zu nehmen, in der Kernfrage, Rentenrecht nicht als Rentenstrafrecht zu benutzen, gab es keine unterschiedlichen Auffassungen seitens dieser Landespolitiker. Die beiden SPD-Politiker kennzeichneten zum Beispiel das Rentenstrafrecht als offensichtliche politische Benachteiligung von unliebsamen Personengruppen. Wir mussten ihnen aber entgegenhalten, dass es auch die SPD bis heute nicht vermocht hat, ihre Wahlversprechen von 1998 zu erfüllen.

Skeptisch betrachteten sowohl die PDS- als auch die SPD-Landespolitiker die weitere Ent-

wicklung, wie nach der Zurückweisung der Bundesratsinitiative die für eine neue politische Entscheidung notwendigen Mehrheiten in den Bundesländern gewonnen werden können. Beide SPD-Politiker verwiesen in diesem Zusammenhang auch auf die Finanzmisere und angespannte Haushaltslage im Bund und im Land Mecklenburg-Vorpommern. Trotzdem ist es erforderlich, so betonten die Politiker beider Fraktionen, den legitimen Anspruch auf die Überwindung von Rentenstrafrecht und Rentenungerechtigkeiten durch die Verbindung der parlamentarischen Möglichkeiten mit dem außerparlamentarischen Druck durch sozialpolitische Vereine weiter zu erhalten bzw. zu erhöhen. Sie versprachen, die Probleme im Landesparlament ständig wach zu halten und forderten uns auf, außerparlamentarisch über unseren Verein in Verbindung mit anderen Vereinen/Verbänden im Land, dem Territorium sowie dem Altenparlament von Mecklenburg-Vorpommern unsere berechtigten Forderungen wahrzunehmen. Übereinstimmend schätzten die Gesprächspartner die Verständigung zu den noch offenen Problemen im Rentenrecht der BRD als für beide Seiten nützlich ein und vereinbarten für den Herbst dieses Jahres eine weitere Zusammenkunft.

Lothar Voigt

★

Aus Anlass des 10-jährigen Bestehens unserer TIG **Templin** haben wir eine festliche Mitgliederversammlung durchgeführt.

Über den Verlauf der Entwicklung in dieser Zeit, mit den erreichten Erfolgen aber auch mit den noch anstehenden Hoffnungen zur endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechts, referierte der Vorsitzende der TIG. Alle Vorstandsmitglieder berichteten über ihre Arbeit sowie über die erreichten Ergebnisse. Waren wir bei der Gründungsversammlung 18 Mitglieder, so sind wir heute 54. Das Rüstzeug für die fachgerechte Unterstützung der Mitglieder haben wir uns im Vorstand insbesondere in der AG Recht bei den durchgeführten Schulungen geholt. Dafür bedanken wir uns beim ISOR-Vorstand, besonders bei Prof. Dr. Edelmann. Der Höhepunkt war dann eine Vier-Seenrundfahrt mit Ehepartnern.

Heinz Matzdorf

★

Nun ist es Gewissheit geworden – Egon Krenz bleibt in Haft. Das Berliner Kammergericht hat die Entscheidung der Vorinstanz, Krenz nach Verbüßung der Hälfte der Freiheitsstrafe nicht vorzeitig aus dem Strafvollzug zu entlassen, bestätigt. Wissend um die politische und juristische Realität in dieser Republik, haben sich die ISOR-Mitglieder in **Güstrow** bereits Anfang Juni auf ihrer Versammlung mit der Problematik und der zu erwartenden Entscheidung des Kammergerichts befasst. Im Ergebnis des Gedankenaustausches wurde spontan be-

► **Fortsetzung von Seite 4**

schlossen, dass unser TIG-Vorsitzender in unser aller Namen an Egon Krenz einen Brief schreibt, der ihn in seiner integren Haltung bestärken soll. Gleichzeitig haben wir bereits jetzt im Brief den Wunsch ausgesprochen, dass wir Egon Krenz gern in unserer Mitte zum Gedankenaustausch begrüßen möchten, wenn er endlich ein letztes Mal die Zellentür nach draußen durchschritten hat.

Für unsere weitere Arbeit in Güstrow erachten wir folgende Aufgaben als besonders bedeutsam:

► Ohne Abstriche bildet die Politische Konzeption des ISOR-Vorstands die Grundlage aller Aktivitäten der TIG Güstrow;

► verstärkt sind an Bundestagsabgeordnete aller Parteien Briefe zu schreiben. Die parlamentarische Praxis beweist, dass viele Abgeordnete die Probleme des Rentenstrafrechts nicht umfassend kennen, teilweise von einer falschen Faktenlage ausgehen, und damit ihre politische Entscheidung nicht sachgerecht treffen können, wenn sie denn dazu überhaupt willens sind;

► das enge solidarische Bündnis mit Vereinen und Verbänden im Territorium, die ebenfalls gegen sozialen Abbau und für Rentengerech-

tigkeit kämpfen und streiten, pflegen und festigen wir;

► die Kampfkraft der TIG Güstrow wird durch Werbung neuer Mitglieder erhöht. Dazu sind die bereits begonnenen Gespräche mit potenziellen Kandidaten zu intensivieren. Für den Zusammenhalt der Mitglieder ist es unbedingt notwendig, den persönlichen Kontakt zu dauerkranken Mitgliedern zu wahren.

Dieter Dethloff

★

»An uns ist es nun, die ISOR-Geschicke in Schwedt wieder in die Reihe zu bringen«, meinte Günter Ihwohn. Er ist der neugewählte Vorsitzende der TIG in **Schwedt**, in der es lange Zeit recht ruhig um die ISOR-Tätigkeit war. Auch drei weitere Vereinsfreunde erhielten das Vertrauen, in der neuen Leitung mitzuwirken. ISOR-Vorstandsmitglied Horst Hartrampf, der als Gast an der Zusammenkunft teilnahm, gratulierte den Neugewählten und wünschte ihnen Erfolg. Zugleich drückte er die Erwartung aus, dass sich in puncto ISOR-Tätigkeit in Schwedt wieder etwas bewegen möge. Wenn das Rententhema z.Z. auch heiß diskutiert werde, so heiße das Grundanliegen von ISOR nach wie vor: Rentengerechtigkeit. Der Gast erläuterte weiterhin aktuelle Vorhaben und Aufga-

ben des Vereins. Dabei ging er besonders auf die Beratung des Ostdeutschen Kuratoriums in Dessau ein. Horst Hartrampf empfahl: Kontakte ausbauen und dort, wo es geht, mitmischen. Übrigens wird von der Schwedter TIG die bisherige Unterstützung von der TIG Prenzlau geschätzt. So gibt es z.B. wieder regelmäßige Beratungs- und Auskunftsstunden.

Benno Butschalowski



Aus der Postmappe

Am 19.6. teilte mir der Petitionsausschuss des Bundestages mit, dass er das Verfahren, in dem es um die Begrenzungsregelung für ehemalige Angehörige der DDR-Nachrichtendienste geht, am 05.06. abgeschlossen hat. Er sieht keine Möglichkeit, Rechtsänderungen im Sinne der Petenten zu befürworten.

Dem Ausschuss lagen 150(!) sachgleiche Eingaben von überwiegend ehemaligen Mitarbeitern des MfS/AFNS vor. Die Zahl 150 sollte für uns Anlass sein, uns im Herbst solidarisch mit mehr Eingaben erneut an den Ausschuss zu wenden.

Dieter Wenzel, TIG Hohenschönhausen

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

zum 96. Geburtstag:

Werner Hemann, Berlin-Treptow

zum 94. Geburtstag:

Emilie Kraus, Berlin-Marzahn

zum 91. Geburtstag:

Elli Wagner, Chemnitz

zum 90. Geburtstag:

Klara Gückel, Cottbus

Franz Wallitzschke, Bln.-Prenzl. Berg

zum 89. Geburtstag:

Erich Schachtschabel, Gera

Horst Schwarz, Berlin-Friedrichsfelde

zum 88. Geburtstag:

Werner Schlie, Berlin-Köpenick

zum 87. Geburtstag:

Erich Mulanski, Berlin-Pankow

Kurt Scheiner, Berlin-Prenzlauer Berg

zum 86. Geburtstag:

Paula Eisermann, Berlin-Friedrichshain

zum 85. Geburtstag:

Gerhard Mischnik, Berlin-Pankow

Fritz Wegehaupt, Gera

zum 80. Geburtstag:

Bruno Badura, Berlin-Köpenick

Gertraut Behnke, Leipzig

Fritz Gerlach, Gera

Elfriede Kahle, Magdeburg

Otto Kühn, Neubrandenburg

Erwin Meier, Zwickau

Elly Müller, Hoyerswerda

Gertrud Schmidt, Frankfurt/Oder

Günter Schubert, Berlin-Friedrichshain

Günther Senglaub, Suhl

Lisa Weber, Berlin-Köpenick

zum 75. Geburtstag:

Kurt Arndt, Berlin-Friedrichsfelde

Werner Cieslak, Berlin-Treptow

Clemens Blöhe, Güstrow

Dietz Brodmann, Stralsund

Manfred Büttner, Berlin-Lichtenberg

Werner Dornheim, Suhl

Kurt Dubrau, Hoyerswerda

Johannes Eder, Neustrelitz

Dietrich Flachs, Perleberg

Werner Flade, Marienberg

Edith Friedrich, Jena

Egon Fröde, Bischofswerda

Ilse Graupner, Berlin-Friedrichsfelde

Karl Grunert, Chemnitz

Otto Hädecke, Berlin-Friedrichsfelde

Charlotte Hielscher, Berlin-Marzahn

Hans Höfer, Hildburghausen

Günter Hoffmann, Zepernick

Siegfried Hollmann, Löbau

Herbert Hustig, Oschatz

Heinz Kisler, Bad Salzungen

Wolfgang Köster, Dresden

Walter Kunze, Forst

Siegfried Kurzmann, Neustrelitz

Fritz Lehmann, Berlin-Mitte

Johanna Liebig, Berlin-Hellersdorf

Henri Meinhold, Eilenburg

Werner Nagel, Berlin-Marzahn

Manfred Neudeck, Cottbus

Werner Rauch, Berlin-Friedrichshain

Ingeburg Rettig, Berlin-Pankow

Friedrich Röhl, Berlin-Pankow

Magdalena Sacher, Aschersleben

Paul Sandner, Cottbus

Horst Scheffler, Rostock

Dieter Schmelhaus, Dresden

Edith Schmidt, Berlin-Prenzlauer Berg

Anita Schmutzler, Berlin-Hellersdorf

Artur Schölzel, Neuruppin

Erwin Schönrock, Berlin-Weißensee

Joachim Schröder, Schönebeck

Hans Schumacher, Berlin-Marzahn

Herbert Schwan, Halle

Fritz Sievert, Grevesmühlen

Karl-Heinz Sonntag, Leipzig

Hans Stodtmeister, Berlin-Lichtenberg

Ellinor Stoy, Potsdam-Babelsberg

Prof. Dr. Gustav Urbani, Dresden

Heinz Wackes, Breitenungen/Winne

Dietrich Wagner, Berlin-Friedrichsfelde

Herbert Weiß, Leipzig

Rolf Wiczorek, Berlin-Weißensee

Kurt Zufelde, Benndorf

Reiseangebot der AG Freizeit und Reisen der GBM

Jahreswechsel zwischen Kyffhäuser, Südharz und Mansfelder Land

Termin: 28.12.03 bis 04.01.04

Leistungen: Fahrt im mod. Bus; Unterbringung im Hotel »Zum Löwen«, Oberröblingen, im Doppelzimmer od. Einzelzimmer; Halbpension; Silvester-Galabuffet; Silvesterparty; durchgängige Reisebetreuung; Reisepreissicherungsschein.

Preis p.P. im DZ: 580 € / EZ-Zuschlag: 35 €

Information und Buchung: Dr. Herrmann Touristik GmbH, Giesestr. 96-98. 12623 Berlin, Tel.: 030 56295335/41 bzw. beim Leiter des AK Freizeit-Reisen der GBM Gisbert Graff 030/ 5658 7715 oder bei der Geschäftsstelle der GBM, Weitlingstr. 89, 10319 Berlin, Tel.: 030 5578397 – Fax: 030 5556355

Der Vorstand teilt mit:

Im Ergebnis der Beurteilung der gegenwärtigen politischen und juristischen Lage sowie der weiteren Umsetzung der politischen Führungskonzeption des Vorstandes beschloss der Vorstand eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Vorsitzenden zu bilden. Aufgabe der AG ist die Herausarbeitung von Vorschlägen an die Politik und die Bundesregierung zur Beseitigung noch vorhandener Rentenungerechtigkeiten. Der Vorschlag für ein Artikelgesetz soll über ein 3. AAÜG-Änderungsgesetz alle Elemente des Rentenstrafrechts beseitigen.

Der Vorstand nahm eine Auswertung der Beratung des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden und des PDS - Bundesvorstandes vom 31.05.2003 in Dessau vor und stellte sich vorbehaltlos hinter dessen Beschlüsse. Der Vorstand dankt allen Vereinsfreunden, die aktiv an der Vorbereitung und Durchführung der Dessauer Konferenz mitgewirkt haben.

Der Vorstand berief den Beirat für eine Beratung zu rentenpolitischen Konsequenzen und Alternativen für den 18.07.2003 nach Ber-

lin ein. Ein Bericht und Vorschläge zur Klärung des weiteren juristischen Vorgehens in spezifischen Einzelfällen der Rentenberechnung bei Bestandsrentnern – vorgetragen durch Roland Fehlhaber – wurde entgegengenommen.

Der Vorstand beschloss die Veröffentlichung einer Erklärung zur Rentenanpassung 2003 (siehe Seite 1). Der Zwischenbericht über die anteilige Erfüllung des Haushaltsplanes 2003 durch Hans Peter Speck wurde zur Kenntnis genommen.

Auf dem Büchermarkt

»Was war die NVA?«

Eine Arbeitsgruppe ehemaliger NVA-Offiziere beim Landesverband Ost des DBwV hat 2001 in einer 825-seitigen Dokumentation unter obigem Titel in Studien, Analysen und Berichten zur Geschichte der NVA die Ergebnisse einer 10-jährigen Forschungsarbeit veröffentlicht.

Da gegenwärtig bereits die zweite Auflage vergriffen ist, jedoch weiterhin eine große Nachfrage – auch von ISOR-Mitgliedern – besteht, wird nun letztmalig noch in diesem Jahr eine dritte unveränderte Auflage erscheinen.

Sammel- oder Einzelbestellungen können unter Angabe der genauen Anschrift bis 30.09.03 an den Beauftragten der AG, Hans-Dieter Hein, 13158 Berlin, Schillerstr. 48 (Tel./Fax: 030 91 66 739) gerichtet werden.

Über Auslieferung und Art der Bezahlung (ca. 13 € verwenden) werden die Besteller nach Erscheinen der Nachauflage informiert.



»Kundschafter im Westen«

In dieser Neuerscheinung des Verlages Edition Ost, die Anfang September vorliegt, melden sich über 30 Kundschafter der Aufklärung der DDR zu Wort. Sie berichten über wichtige Ereignisse und Abschnitte ihres Lebens, über Erfolge und Niederlagen und ihren Einsatz an der unsichtbaren Front. Noch nie zuvor in der Geschichte hat sich eine größere Gruppe von Kundschaftern kollektiv zu Wort gemeldet. Die

einzelnen Beiträge berühren sowohl die äußere als auch die innere Dramatik, die die Kundschafter mit ihrem Blick in das Innerste, auf die Motive ihres Handelns, offen legen.

Preis für Mitglieder und Sympathisanten: ca. 11 €. Bitte möglichst Sammelbestellungen an die Geschäftsstelle der GRH, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel./Fax: 030 29784225 geben.

Von Mitglied zu Mitglied

Komfort-FEWO/-Zimmer **Schleusingen/Thür.**

Prosp. anf. - Tel.: 036841 47598 oder

www.schleusingen.de/ratschererhoehe



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder



HILDEGARD ANDERS, Suhl

LIESELOTTE ECKARDT, Bernau

ANNEMARIE GRZAM, Gera

ANNELIES HARTMANN,

Berlin-Hohenschönh.

ERICH HORN, Landsberg/Gütz

ELLA KLAMMER, Berlin-Marzahn

KLAUS KRÄPLIN, Meißen

URSULA KÜHN, Berlin-Friedrichsfelde

RAINER LINDIG, Jena

EDITH MUß,

Berlin-Marzahn/Prenzlauer Berg

KURT NOWAK, Salzwedel

HANS PÖTSCHKE, Strausberg

JOHANNES RÄDEL, Magdeburg

ILSE REINKE, Berlin und Neustrelitz

MATTHIAS RICHTER, Lindenberg

HANS SCHLEGEL, Potsdam-Babelsberg

HERBERT SCHULTZ, Berlin-Karlshorst

IRMGARD STEPHAN, Jena

SIEGFRIED WALTHER,

Berlin-Lichtenb./Eisenhüttenst.

SIEGISMUND WOLLATZ, Neubrandenb.

Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030)29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 1.7.2003

Einstellung ins Internet: 3 Tage nach Redaktionsschluss.

Satz u. Druck: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Dienstag 9 bis 12 Uhr

Jeden 1. und 3. Donnerstag 15 bis 18 Uhr